

Ludwig-Maximilians-Universität München
Juristische Fakultät | Fachbereich Wirtschaftsrecht

BACHELORARBEIT

Umweltschutzklage in Deutschland: Entwicklung und Ausblick im Kontext des Wirtschaftsrechts

Eine rechtswissenschaftliche Analyse der Entwicklung, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven zivilgesellschaftlicher Umweltklagen

Verfasserin:	Maria Mustermann
Matrikelnummer:	4512378
Studiengang:	Rechtswissenschaften (B.A.)
Erstgutachter:	Prof. Dr. Michael Bauer
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Sabine Richter
Abgabedatum:	01. Mai 2025
Seitenanzahl:	51

Zusammenfassung

Die vorliegende Bachelorarbeit untersucht die historische Entwicklung der Umweltschutzklage in Deutschland und analysiert deren aktuelle Bedeutung im Kontext des Wirtschaftsrechts. Ausgehend von den frühen Anfängen des deutschen Umweltrechts in den 1970er Jahren bis hin zu den jüngsten Entwicklungen im Bereich der Klimaklagen wird ein umfassendes Bild der rechtlichen Landschaft gezeichnet.

Im Mittelpunkt der Analyse stehen die wesentlichen Herausforderungen, mit denen Kläger und Gerichte konfrontiert sind: die Frage der Klagebefugnis, die Beweislast bei komplexen Kausalitätsfragen sowie die Spannungen zwischen wirtschaftlichen Interessen und ökologischen Schutzzielen. Die Arbeit zeigt auf, wie neue Instrumente wie die Verbandsklage und das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz das Klagespektrum erweitert haben.

Abschließend werden Zukunftsperspektiven erörtert, insbesondere im Hinblick auf die Harmonisierung mit EU-Recht und die wachsende Bedeutung strategischer Klimaklagen. Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass das deutsche Umweltklagenrecht vor tiefgreifenden Transformationen steht, die sowohl Chancen als auch strukturelle Risiken für Wirtschaft und Rechtssystem mit sich bringen.

Schlagworte:

Umweltschutzklage, Wirtschaftsrecht, Klimaklage, Verbandsklage, Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz, Klagebefugnis, Kausalität

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1 Problemstellung und Relevanz	4
1.2 Zielsetzung und Methodik	5
1.3 Aufbau der Arbeit	5
2. Historische Entwicklung des deutschen Umweltrechts	6
2.1 Anfänge des Umweltrechts in den 1970er Jahren	6
2.2 Entwicklung der Umweltklage bis 2000	9
2.3 Reformen und Neuregelungen ab 2000	12
3. Umweltschutzklage im Wirtschaftsrecht	15
3.1 Klagebefugnis und Aktivlegitimation	15
3.2 Kausalität und Beweisfragen	19
3.3 Spannungsfeld Wirtschaft und Ökologie	23
4. Aktuelle Rechtsprechung und Praxisbeispiele	28
4.1 Bedeutende Urteile des BVerwG und BGH	28
4.2 Strategische Klimaklagen in Deutschland	33
5. Zukunftsperspektiven	38
5.1 Europarechtliche Entwicklungen	38
5.2 Chancen und Risiken für die Wirtschaft	42
6. Fazit und Ausblick	46
Literaturverzeichnis	48
Abkürzungsverzeichnis	51

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Relevanz

Der Klimawandel und die zunehmende Umweltverschmutzung haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einem tiefgreifenden Wandel des deutschen und europäischen Umweltrechts geführt. Insbesondere die Frage, inwieweit zivilgesellschaftliche Akteure und betroffene Privatpersonen rechtliche Instrumente nutzen können, um Umweltschutzinteressen gerichtlich durchzusetzen, hat erheblich an Bedeutung gewonnen.

Im Schnittpunkt von öffentlichem Recht, Wirtschaftsrecht und internationalem Klimaschutz entstehen dabei neue rechtliche Konstellationen, die sowohl Chancen als auch erhebliche Herausforderungen mit sich bringen. Unternehmen sehen sich einer wachsenden Zahl von Umwelt- und Klimaklagen ausgesetzt, während der Gesetzgeber versucht, einen ausgewogenen Rahmen zwischen ökonomischen Interessen und ökologischer Nachhaltigkeit zu schaffen.

1.2 Zielsetzung und Methodik

Ziel dieser Arbeit ist es, die historische Entwicklung der Umweltschutzklage in Deutschland systematisch aufzuarbeiten und deren aktuellen Stand im Kontext wirtschaftsrechtlicher Implikationen zu analysieren. Dabei werden sowohl die dogmatischen Grundlagen als auch die praktischen Anwendungsfälle eingehend beleuchtet.

Methodisch stützt sich die Arbeit auf eine rechtsdogmatische Analyse der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen. Ergänzend werden rechtsvergleichende Aspekte herangezogen, um die deutsche Entwicklung im europäischen Kontext einzuordnen. Die Auswertung wissenschaftlicher Literatur und aktueller Rechtsprechung bildet die empirische Grundlage der Untersuchung.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel. Nach der vorliegenden Einleitung befasst sich Kapitel 2 mit der historischen Entwicklung des deutschen Umweltrechts von seinen Anfängen in den 1970er Jahren bis zur Gegenwart. Kapitel 3 analysiert die spezifischen Herausforderungen der Umweltschutzklage im wirtschaftsrechtlichen Kontext.

2. Historische Entwicklung des deutschen Umweltrechts

2.1 Anfänge des Umweltrechts in den 1970er Jahren

Die Geschichte des deutschen Umweltrechts beginnt im engeren Sinne mit dem Erlass des Abfallbeseitigungsgesetzes im Jahr 1972 und des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) im Jahr 1974. Diese Gesetze markieren einen Paradigmenwechsel in der deutschen Umweltpolitik: Erstmals wurden umfassende staatliche Schutzpflichten gegenüber der natürlichen Umwelt kodifiziert.

Gleichzeitig war das Klagerecht in dieser frühen Phase stark eingeschränkt. Nach der damals herrschenden Doktrin war eine Klage nur zulässig, wenn der Kläger in eigenen subjektiven Rechten verletzt war – eine Hürde, die für Umweltschutzverbände und die breite Öffentlichkeit praktisch unüberwindbar war. Der Rechtsschutz war im Wesentlichen auf Anwohner beschränkt, die eine unmittelbare Beeinträchtigung ihrer Gesundheit oder ihres Eigentums nachweisen konnten.

Wichtige Gesetzgebung 1970–1980:

- Abfallbeseitigungsgesetz (1972)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG (1974)
- Wasserhaushaltsgesetz – WHG (Novelle 1976)
- Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG (1976)

2.2 Entwicklung der Umweltklage bis 2000

Ein entscheidender Schritt in der Entwicklung des Umweltklagenrechts war die Einführung der naturschutzrechtlichen Verbandsklage in einigen Bundesländern ab den 1980er Jahren. Bayern führte 1978 als erstes Bundesland eine begrenzte Form der Verbandsklage ein, gefolgt von Bremen (1979) und Schleswig-Holstein (1980). Diese Entwicklung reflektierte das wachsende gesellschaftliche Bewusstsein für Umweltschutzbelange.

6. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass die Umweltschutzklage in Deutschland einen bemerkenswerten Entwicklungsweg durchlaufen hat: von einem stark eingeschränkten Rechtsschutzinstrument der 1970er Jahre zu einem differenzierten System, das sowohl individuellen als auch kollektiven Umweltschutzinteressen Rechnung trägt.

Die Herausforderungen bleiben erheblich. Kausalitätsfragen bei komplexen Umweltschäden, die Beweislastverteilung und die Balance zwischen Rechtssicherheit für wirtschaftliche Akteure und effektivem Umweltschutz sind ungelöste Spannungsfelder. Die Zukunft wird zeigen, ob das deutsche Recht die notwendige Flexibilität aufbringt, um auf die drängenden Herausforderungen des Klimawandels angemessen zu reagieren.

Strategische Klimaklagen werden an Bedeutung gewinnen und das Wirtschaftsrecht vor neue Fragen stellen. Eine kohärente Weiterentwicklung des Umweltklagenrechts – im Einklang mit europäischen Vorgaben und den Erfordernissen des Pariser Klimaabkommens – ist unabdingbar für ein zukunftsfähiges deutsches Rechtssystem.

Literaturverzeichnis

- Battis, U. / Schroeter, H. (2021): *Umweltrecht in der Unternehmenspraxis*. 4. Aufl. München: Beck.
- Breuer, R. (2019): *Die rechtliche Einordnung von Klimaklagen im deutschen Verwaltungsrecht*. In: NVwZ, 38(12), S. 881–892.
- Ekardt, F. (2022): *Klimarecht: Grundlagen, Herausforderungen, Perspektiven*. 2. Aufl. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Frank, R. (2020): *Verbandsklage und subjektives Recht im Umweltschutz*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gassner, E. / Bedomir-Kahlo, G. (2018): *Bundesnaturschutzgesetz: Kommentar*. 3. Aufl. München: Beck.
- Jarass, H.D. / Petersen, F. (2021): *Kreislaufwirtschaftsgesetz: Kommentar*. 2. Aufl. München: Beck.
- Koch, H.-J. (2020): *Umweltrecht*. 5. Aufl. Köln: Carl Heymanns Verlag.
- Köck, W. (2019): Klimaschutz durch Klimaklagen? In: *ZUR – Zeitschrift für Umweltrecht*, 30(3), S. 131–140.

- Mückl, S. (2021): *Die Klagebefugnis im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz*. In: DVBl., 136(4), S. 210–219.
- Schink, A. (2020): *Aktuelle Entwicklungen im Umweltverwaltungsrecht*. In: NVwZ, 39(8), S. 561–572.
- Stüer, B. (2022): *Handbuch des Bau- und Fachplanungsrechts*. 6. Aufl. München: Beck.
- Ziekow, J. (2021): *Verwaltungsverfahrensgesetz: Kommentar*. 4. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.